

## Länder

# Griechenland soll 29 Mrd. Euro an Troika überweisen

Von Daniel Berger | 14. April 2015

Laut dem Wall Street Journal muss Griechenland in der Zeit bis 8. Mai 10,3 Mrd. Euro zahlen, in der Zeit vom 12. Mai bis zum 20 Juli weitere 11.6 Mrd. Euro, vom 7. August bis zum 21. Dezember weitere 7.3 Mrd.

2009 betrugen die griechischen Staatsschulden 299 Mrd. Euro, Ende 2014 waren es über 318 Euro. Im gleichen Zeitraum (genauer von 2008 bis 2014) war das Bruttoinlandsprodukt von 343 Mrd. € auf 249 Mrd. € zurückgegangen (= - 28 %).

Nicht nur wurden große Teile der Bevölkerung ins Elend getrieben, die gesamte Wirtschaft hat einen beispiellosen Aderlass erlebt. Und obwohl also die griechische Bevölkerung in einer Weise geblutet hat, wie wir es seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre oder zu Kriegszeiten nicht mehr erlebt haben, stieg (gemessen am BIP) die Verschuldung gewaltig an.

Für das Bedienen der Schulden hat die griechische Regierung Ende März folgenden Plan entworfen: Am 9.4. sollen 467 Mio. € an den IWF überwiesen werden, Mitte April sollen 2,4 Mrd. Euro refinanziert werden usw. Mit anderen Worten: Das heißt: Die Rückzahlung fälliger Kredite wird durch das Aufnehmen neuer Kredite finanziert, was schon mittelfristig den Schuldenstand nur erhöhen kann (denn die Zinsen müssen ja auch gezahlt werden).

Kingsley Jones, Gründer und Generaldirektor der Investment-Beratungsgesellschaft Jevons Global: "Wir müssen Realisten sein. Die griechische Verschuldung tangiert in diesem Augenblick, wo wir sprechen, 175 % des BIP. Sie ist höher als damals, als das ganze (Rettungs-) Unternehmen begann. [...]Die Bedingungen der laufenden Vereinbarung verlangen von Griechenland mehr oder weniger, für über ein Jahrzehnt einen Haushalt mit einem Primärüberschuss von 4 % einzuhalten. Kein Land mit einer problematischen Wirtschaft hat jemals geschafft, etwas solches zu erreichen. Somit urteilen wir, dass die an Griechenland gestellten bestehenden Bedingungen ehrlich gesagt unrealistisch sind."

Alle in der Troika wissen das. Auch die griechische Regierung weiß das, aber sie versucht weiterhin das Unmögliche, nämlich die Auswirkungen der Sparpolitik rückgängig zu machen und sich gleichzeitig mit der Troika zu verständigen. Ein Ding der Unmöglichkeit.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Dienstag den 14. April 2015  
in der Kategorie: [Länder](#), [RSB4](#).

